



## DEUTSCHLAND UND EUROPA BRAUCHEN EINE KOOPERATIONSSTRATEGIE FÜR DAS GLOBALE GEMEINWOHL: EUROPÄISCH – KOOPERATIV – SOZIAL – TRANSFORMATIV – DEMOKRATISCH.

Eingereicht von: Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge<sup>1 2</sup>, German Institute of Development and Sustainability (IDOS)

### Die Zeitenwende global verstehen und global kooperativ gestalten

1. Europäisch & geostrategisch: In Europapolitik und gemeinsam mit EU die Dekade der Umsetzung der SDGs durch Europäischen Green Deal und die Global Gateway unterstützen und weiterentwickeln.
2. Kooperativ & kohärent: Strategische Partnerschaften mit Ländern und Zivilgesellschaften aller Kontinente pflegen; über größere Politikkohärenz zwischen internen und externen Politikfeldern in die eigene Glaubwürdigkeit investieren.
3. Solidarisch & zukunftsorientiert: den Ausbau von Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystemen weltweit gestalten, auf globale Agenden und in bilaterale Austausche nehmen.
4. Transformativ & klimastabilisierend: die Rahmenbedingungen für Wirtschafts- und Sozialsysteme weltweit so weiter ausgestalten, dass gleichzeitig Dekarbonisierung, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der Abbau sozialer Ungleichheiten vorangetrieben werden.
5. Demokratisch & friedvoll: Um demokratische Strukturen zu schützen und zu fördern bedarf es eines belastbaren Bekenntnisses für demokratische Werte in der Außen- und Innenkommunikation und gemeinsamer Strategieentwicklung für Demokratieschutz, Konfliktprävention und Demokratieförderung.

### Die Zeitenwende global verstehen

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert nicht nur einen Einschnitt in der Geschichte Europas, sondern ist auch Teil und Ausdruck einer weltweiten Zeitenwende. Bereits seit Jahren sind auf allen Kontinenten sowohl zunehmende geopolitische und regionale Spannungen als auch substanzielle Prozesse gesellschaftlicher Polarisierung und politischer Autokratisierung zu beobachten. Gerade in Gesellschaften, in denen die Systeme der Lebensunterhaltsicherung stark naturabhängig sind, tragen Klima- und Biodiversitätskrise zum weiteren Anstieg sozialer und ökonomischer Ungleichheiten bei. Gesellschaftliche Fragmentierungen und das Erstarken autoritärer Regime, stehen

---

<sup>1</sup> Direktorin des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) & Professorin für globale nachhaltige Entwicklung an der Universität Bonn.

<sup>2</sup> Der Beitrag gibt ausschließlich meine persönlichen Einschätzungen wieder. Im Ausformen dieser greife ich jedoch auf umfangreiche Expertise und Diskussionen im IDOS und darüber hinaus zurück und bedanke mich ausdrücklich bei meinen DiskussionspartnerInnen.



in einem engen Zusammenhang und gehen mit einer ‚Autokratisierung des internationalen Rechts‘ sowie einer Schwächung des Multilateralismus einher. Im Jahr 2022 leben laut dem Varieties of Democracy-Index 70 % der Weltbevölkerung in Autokratien – Ergebnis eines Trends, der nicht zuletzt durch die Covid-19-Pandemie weiter verstärkt wurde.<sup>3</sup> Auch die Zahl der weltweiten Todesopfer von Gewaltkonflikten nahm von 2020 auf 2021 erneut zu.<sup>4</sup> Der ‚unipolare Moment‘ der Weltpolitik, der nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in verschiedenen US-geführten und oft vom UN Sicherheitsrat gebilligten oder begleiteten militärischen Interventionen zum Ausdruck kam, ist spätestens mit dem Abzug von USA und NATO 2021 aus Afghanistan ausgeklungen. Gleichzeitig ermöglichte der ‚multilaterale Moment‘ der letzten beiden Jahrzehnte unter anderem die Bewältigung der Weltfinanzkrise durch die G20 in 2008/2009, die Verständigung auf die universellen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaabkommen (beide in 2015), aber auch den Abschluss des dann vom UN-Sicherheitsrat gebilligten Abkommens zum iranischen Atomprogramm im selben Jahr. Nicht nur aufgrund der letzten US-Administration unter Präsident Trump ist dieser ‚multilaterale Moment‘ heute deutlich geschwächt. Dies ist nicht zuletzt in den unzureichenden Antworten der Weltgemeinschaft auf die Covid-19-Pandemie sowie ihre sozialen und wirtschaftlichen Folgen deutlich geworden.

Ähnlich wie sich viele Menschen in ihren Gesellschaften und politischen Systemen nicht mehr ausreichend gehört und repräsentiert fühlen, zweifeln gerade auch viele (wieder) aufstrebende Länder an den Chancen, ihre Potenziale im Rahmen der bestehenden internationalen Ordnung entfalten zu können. Beides erzeugt enormes Konflikt- und Gewaltpotential innerhalb der Gesellschaften sowie zwischen ihnen. International erschwert es eine diplomatische und multilaterale Konfliktbearbeitung auf der Grundlage des Völkerrechts und schränkt den Spielraum zur kooperativen Bewältigung unserer gemeinsamen globalen Herausforderungen erheblich ein.

Die internationalen Reaktionen auf Russlands Angriffskrieg illustrieren diese veränderte Lage. Zwar verurteilte die UN-Generalversammlung am 02. März 2022 diesen Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine mit einer überwältigenden Mehrheit von 141 Stimmen bei nur fünf Gegenstimmen. Unter den 35 Enthaltungen waren aber neben China auch größere Demokratien wie Indien und Südafrika sowie knapp ein Drittel der Staaten Afrikas. Weitere 12 Länder erschienen nicht zur Abstimmung.<sup>5</sup> Für die meisten dieser sich enthaltenden Ländern

---

<sup>3</sup> The Economist (2022). A new low for global democracy. The Economist. <https://www.economist.com/graphic-detail/2022/02/09/a-new-low-for-global-democracy>

<sup>4</sup> Davies, Shawn, Therese Pettersson & Magnus Öberg (2022). Organized violence 1989-2021 and drone warfare. *Journal of Peace Research* 59(4).

<sup>5</sup> Von diesen hatte lediglich Venezuela aufgrund ausstehender Beitragszahlungen zeitweise kein Stimmrecht.



war das Vermeiden einer ‚Parteinahme‘ offenbar wichtiger als die klare Verurteilung einer Völkerrechtsverletzung.<sup>6</sup>

Diese Zurückhaltung, sich zu positionieren, wird noch deutlich größer, wenn es um Sanktionen gegenüber Russland geht. Trotz der unzweideutigen Verurteilung des russischen Angriffs durch einen Großteil der internationalen Staatengemeinschaft haben lediglich die G7-Staaten, die EU und ihre Mitgliedstaaten, Island, Neuseeland, Norwegen, die Schweiz, Südkorea und Taiwan Sanktionen gegen Russland verhängt, während viele andere Staaten versuchen, in der veränderten Lage wirtschaftlichen Nutzen aus neuen Kooperationen mit Russland zu ziehen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen hier auch afrikanische Staaten. Viele von ihnen gehören zwar einerseits zu den Hauptempfängern von Entwicklungsleistungen der OECD-Länder, beklagen jedoch zugleich gebrochene Versprechen des ‚Westens‘ und dessen Doppelmoral.

Währenddessen spielen russische Getreide-<sup>7</sup> und Waffenlieferungen<sup>8</sup> sowie auch Entwicklungsfinanzierung sog. ‚neuer Geber‘, insbes. aus China eine zunehmend wichtigere Rolle auf dem afrikanischen Kontinent. Der Außenminister Indiens spricht von einer „Achse der Stabilität“, die durchverstärkte Kooperation zwischen Indien und den Vereinigten Emiraten etabliert würde.<sup>9</sup>

## Die Zeitenwende global gestalten: Kooperationsstrategie für das globale Gemeinwohl

Da wir die Zeitenwende global verstehen müssen, darf die Antwort auf sie auch nicht allein im Bereich der deutschen und europäischen Sicherheits- und Außenpolitik formuliert werden. Die angelaufenen Diskussionen zur Nationalen Sicherheitsstrategie sind aufgrund Russlands Angriffskrieg in der Ukraine und mit Blick auf China primär fokussiert auf die Abwehr von Gefahren. Gleichzeitig ist auch klar: Frieden und Zukunft werden nicht über Abwehr alleine gesichert, sondern brauchen breite Partnerschaften und können nicht mit der „gefährlichen Logik eines Nullsummenwettbewerbs“<sup>10</sup> gewonnen werden. Es geht nicht nur um Sicherheit vor etwas, sondern insbesondere für etwas: für eine von Frieden geprägte, nachhaltige Zukunft.

---

<sup>6</sup> Sidiropoulos, Elizabeth, How do Global South politics of non-alignment and solidarity explain South Africa's position on Ukraine? (brookings.edu), August, 2, 2022.

<sup>7</sup> 2020 betrug der Wert russischer Weizenexporte nach Afrika USD 3,563 Million. Der Wert deutscher Weizenexporte nach Afrika betrug 2020 dahingegen nur USD 645 Millionen (<https://www.statista.com/chart/27009/import-sources-of-wheat-in-africa/>).

<sup>8</sup> Zwischen 2000 und 2020 hatten 29 afrikanische Länder Waffenlieferungsverträge mit Russland. Im selben Zeitraum hatten 14 afrikanische Länder Waffenlieferungsverträge mit Deutschland. Der Wert der exportierten Waffen von Russland nach Afrika betrug zwischen 2010 und 2020 USD 14,4 Mrd. und war damit ca. neunmal so hoch wie der Wert exportierter Waffen von Deutschland nach Afrika (USD 1,6 Mrd.)

<sup>9</sup> ‘World in enormous transition’, Indiens Außenminister in The National News, Vereinigte Emirate (<https://www.thenationalnews.com/world/2022/09/01/india-external-affairs-minister-world-in-enormous-transition/>)

<sup>10</sup> The China Trap, U.S. Foreign Policy and the Perilous Logic of Zero-Sum Competition, by Jessica Chen Weiss. Foreign Affairs September/October 2022 (<https://www.foreignaffairs.com/china/china-trap-us-foreign-policy-zero-sum-competition>), vgl. auch Khanna, Parag, Ist eine neue Weltordnung möglich? (<https://www.zeit.de/2022/33/globalisierung-weltordnung-geschichte-europa-usa>)



Hierfür bedarf es einer Zeitenwende im politischen Handeln. Wir brauchen eine im Dialog mit Partnern entwickelte globale Strukturpolitik, die sich aktiv und bewusst mit internationalen Entwicklungen der letzten Jahre auseinandersetzt sowie Werte und Grundprinzipien so auf die veränderte Lage bezieht und anpasst, dass sie die Aufstellung neuer Strategien erlauben. Dies wäre eine Strategie für Deutschland und Europa in der Welt, die einer primär auf Gefahrenabwehr ausgerichteten nationalen Sicherheitsstrategie eine Kooperationsstrategie für das globale Gemeinwohl an die Seite stellt: Gestaltet als Suchprozess, mit den durch die Weltgemeinschaft 2015 in der Agenda 2030 beschlossenen Zielen nachhaltiger Entwicklung (SDGs) als Orientierung, respektvoll gegenüber global vielfältigen Zukunftsvorstellungen, solidarisch und gleichzeitig geleitet von demokratischen, freiheitlichen und emanzipativen Werten.

Fünf Leitprinzipien treten in den Vordergrund:

## **1. Europäisch & geostrategisch: Nachhaltigkeit zum Kern einer souveränen, global EU machen**

Deutschland sollte im Rahmen seiner Europapolitik und gemeinsam mit der EU die Anstrengungen verstärken, einen wirkungsvollen Beitrag zur Dekade der Umsetzung der SDGs zu leisten und dafür wichtige Initiativen wie den Europäischen Green Deal und die Global Gateway unterstützen und weiterentwickeln.

Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ist ein Bekenntnis zu den europäischen Werten. Europa hat eine Schlüsselrolle bei der Verabschiedung der SDGs gespielt. Gleiches muss auch für die post-Covid-Umsetzung gelten. Allerdings war die EU schon vor der Covid-19-Pandemie und dem russischen Angriff auf die Ukraine in Bezug auf die SDGs u. a. zu Ungleichheit, Klimawandel, nachhaltiger Landwirtschaft, nachhaltigem Produzieren und Konsumieren sowie globaler Partnerschaft nicht auf Kurs (*off-track*). Die Diskussionen rund um die COP26 und die EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige Investitionen haben gezeigt, dass die EU auf internationaler Ebene ehrgeizigere Ziele für eine nachhaltige Entwicklung proklamiert, als sie auf innereuropäischer Ebene umsetzt. Durch die Pandemie und den Krieg wird jedoch die Bedeutung dieser gemeinsamen Agenda des Handelns deutlicher denn je.

Der Europäische Green Deal wurde von der Europäischen Kommission als wichtigstes politisches Projekt und als integraler Bestandteil ihrer Bemühungen zur Umsetzung der Agenda 2030 vorgestellt. Dieses Bekenntnis kommt aber in der konkreten Ausgestaltung ihrer Politik, gerade auch mit Blick auf NextGenerationEU und die Global Gateway Initiative nicht ausreichend zum Tragen. So bleibt die soziale Dimension im Green Deal unzureichend abgebildet, während die „grüne“ Dimension in der Global Gateway Initiative begrenzt ist und dieses stärker auf Investitionen und den Privatsektor ausgerichtet wurde. Vor diesem Hintergrund sollte Deutschland gegenüber der Europäischen Kommission darauf hinwirken, ein integriertes und



umfassendes Konzept zur Umsetzung der SDGs im Inneren der EU und nach außen zu entwickeln sowie dieses klar in alle ihre Handlungsfelder sowie in die Öffentlichkeit zu kommunizieren.

Die deutsche Europapolitik sollte dafür eintreten, das gemeinsame Auftreten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten in multilateralen Foren und Organisationen weiter zu verstärken, um globale Rahmenbedingungen entlang der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen mitzugestalten. Die Bemühungen der europäischen Institutionen zur Förderung von Team-Europe-Initiativen sind als ein vernetzter Ansatz zu unterstützen, der das europäische Außenhandeln effizienter und sichtbarer gestalten kann. Über einen intensivierten politischen Dialog zwischen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten sollten für die internationale Zusammenarbeit und die Partnerschaften der EU eine längerfristige Vision und eine europäische Kooperationsstrategie für das globale Gemeinwohl entwickelt sowie Wirksamkeit, Zusammenwirken und Komplementarität von EU und Mitgliedstaaten auf diesem Feld weiter gestärkt werden.

Auch in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) muss der Agenda 2030 gerade im Angesicht der russischen Aggression gegenüber der Ukraine strategische Priorität eingeräumt werden. Bislang mangelt es der GASP allerdings an Klarheit darüber, wie die Agenda 2030 weltweit und auch in den Beziehungen der EU zu Ländern und Regionen wie z. B. Nordamerika, Russland, China oder Australien umgesetzt werden soll. Dem im März 2022 verabschiedeten Strategischen Kompass der EU<sup>11</sup> fehlt jedes Verständnis und jede Bezugnahme auf die universelle Nachhaltigkeitsagenda. Dabei kann gerade in einer durch zunehmende Spannungen geprägten Welt eine SDG/Green Deal-Diplomatie dazu beitragen, Brücken zu bauen, Multilateralismus zu stärken und die geopolitischen Interessen der EU zu fördern. Eine entsprechend wertebasierte GASP könnte so auch dazu beitragen, die strategische Souveränität Europas zu erhöhen. Die deutsche Europapolitik sollte deshalb dafür eintreten, dass die GASP die Agenda 2030 sowie Klimaneutralität konzeptionell zentral platziert sowie durch den Europäischen Auswärtigen Dienst in den Beziehungen der EU mit allen Ländern prominent sichtbar macht. Die globalen Herausforderungen und gewachsenen geopolitischen Rivalitäten sind mit einem starken europäischen Engagement zu beantworten, das den Multilateralismus und die regelbasierte internationale Zusammenarbeit stärkt sowie kooperative und partnerschaftliche Lösungen in den Mittelpunkt stellt. Die Gemeinsame Mitteilung von Kommission und Hohem Repräsentanten vom Februar 2021 an das Europäische Parlament und den Rat über die Stärkung des Beitrags der EU zum regelbasierten Multilateralismus<sup>12</sup> hatte

---

<sup>11</sup> Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung – Für eine Europäische Union, die ihre Bürgerinnen und Bürger, Werte und Interessen schützt und zu Weltfrieden und internationaler Sicherheit beiträgt (<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade/>)

<sup>12</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021JC0003&from=en>



dazu erste Orientierungen geliefert und sollte im Lichte des russischen Angriffs auf die Ukraine aktualisiert und vertieft werden. Das Europäische Parlament hat bereits in seinem jüngsten Beschluss vom Juni 2022 zur Umsetzung der SDGs durch die EU betont, „dass ein neuer politischer Impuls für die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung dringend erforderlich ist, um den Auswirkungen von COVID-19 und den weltweiten Folgen des russischen Einmarschs in die Ukraine Rechnung zu tragen“.<sup>13</sup>

Es sollten deshalb innerhalb der EU alle Kräfte mobilisiert werden, damit der nächste SDG-Gipfel der VN im September 2023 wirkungsvoll die Dekade der Umsetzung der SDGs vorantreibt.

## **Kooperativ& kohärent: Die Bewältigung multipler Krisen ist nur über Allianzen möglich**

Der Aufbau und die Stärkung globaler Kooperationsformate erfordert reziproke Kooperationsbeziehungen. Die deutsche und europäische Politik muss gezielt in langfristige strategische Partnerschaften mit Ländern und Zivilgesellschaften aller Kontinente investieren und über größere Politikkohärenz zwischen internen und externen Politikfeldern in die eigene Glaubwürdigkeit investieren. Es geht um Sicherheit für eine von Frieden geprägte, nachhaltige Zukunft.

Ohne das Aufbauen und Pflegen verlässlicher strategischer Allianzen über Europa und die G7-Länder hinaus können Frieden und Sicherheit auch für Deutschland nicht gewahrt werden. Hierfür müssen Dialog und Kooperation innerhalb der G20 und der Vereinten Nationen sowie mit anderen Regionen und in themenspezifischen Partnerschaften deutlich ausgebaut und vertieft werden, unter Einbezug nichtstaatlicher Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatwirtschaft.

Willy Brandts Ausführungen zu einer Weltinnen- und Friedenspolitik in den 1970/80ern gewinnen wieder an Aktualität: Die globalen Herausforderungen – Klimawandel, weltweite Gesundheits-, Ernährungs- und Schuldenkrisen sowie globale Machtverschiebungen und die Krise einer kooperativen Antwort auf diese Herausforderungen (Krise des Multilateralismus) – sind zu vielseitig, zu universell und zu dynamisch, als dass sie durch eine weitgehend auf Abwehr und Verteidigung zielende Logik bewältigt werden könnten.

Dies bedarf jedoch der gezielten Investition in unsere eigene Glaubwürdigkeit und in strategische Allianzen mit Ländern auf allen Kontinenten und aller Einkommensgruppen. Glaubwürdigkeit wiederherstellen, setzt voraus, dass Widersprüche zwischen nach innen und außen gerichteten Politikfeldern abgebaut

---

<sup>13</sup> Umsetzung und Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Juni 2022 zu der Umsetzung und Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (2022/2002(INI)) ([https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0263\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0263_DE.html))





werden. Gleichzeitig müssen gemeinsam mit unseren globalen Partnern strategisch klug überlegte Investitionen und Kooperationsprojekte gestaltet werden. Dies bedarf gemeinsam definierter Handlungsfelder und von gegenseitigem Respekt, Vertrauen und Glaubwürdigkeit geprägter Partnerschaften mit Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas, großen Schwellenländern genauso wie Hoch- und Niedrigeinkommensländern.<sup>14</sup>

Wir müssen politische Formate entwickeln, in denen eine gemeinsame Zukunft und Sicherheit gestaltet werden kann. Die themenspezifische und gezielte Kooperation auch mit nicht-demokratischen Staaten sowie solchen, die sich gegenüber Russlands Angriffskrieg neutral verhalten, ist im Interesse eines gemeinsamen Umgangs mit großen globalen Herausforderungen wie Klima- und Biodiversitätskrise, Ernährungs- und Schuldenkrise unumgänglich.

## **Solidarisch & zukunftsorientiert: In den gesellschaftlichen Zusammenhalt für die Welt von morgen investieren**

Die Investition in Sozial-, Gesundheits- und Bildungssysteme weltweit ist zentraler Bestandteil für den Umgang mit multiplen und in Zukunft weiter beschleunigten Krisen. Neben aktiver eigener Politikgestaltung in diesen Bereichen ist es an Deutschland und Europa in G7- und G20-Kontexten, auf Ebene der Vereinten Nationen und im bilateralen Austausch diskursiv Wege zu bereiten, um entsprechende Umverteilungen in Prioritätensetzungen durch Staaten und private Akteure vorzunehmen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Resilienz haben sich jüngst auch während der Covid-19-Pandemie als bedeutsame Stabilisatoren angesichts gravierender Veränderungsprozesse erwiesen. Gesellschaften mit leistungsstarken Gesundheits-, Sozial- und Bildungssystemen begegnen Krisen und ihren häufig nur bedingt vorhersagbaren Herausforderungen im Schnitt sehr viel besser. Dies gilt sowohl für die Momente der akuten Bewältigung als auch für die Erholung und den Wiederaufbau im Nachgang. Die Covid-19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben weitreichende soziale, gesundheitliche sowie wirtschaftliche Folgen; bestehende Armut sowie sozioökonomische Ungleichheiten werden verschärft.

Um die globalen Gesundheitsziele der Agenda 2030 zu erreichen sowie regionalen und globalen Gesundheitskrisen vorzubeugen, ist es notwendig, vor allem über multilaterale Instrumente in Aufbau und Gewährleistung einer gerechten und qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung zu investieren, um neu auftretenden Infektionskrankheiten, Antibiotikaresistenzen, wasserbedingten Krankheiten und gesundheitsgefährdenden Klimafolgen besser entgegenzutreten zu können und gesunde Lebensweisen zu ermöglichen.

---

<sup>14</sup> Beispiele umfassen die unter Leitprinzip 4 ausgeführten Energiepartnerschaften.



**Bildung und Wissenschaft** sind wesentliche Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Ihre Förderung ist daher ein wichtiger Bestandteil entsprechender internationaler Zusammenarbeit. Dies erfordert, durchaus bildungs- und forschungsorientierte Kooperation das Engagement für leistungsfähige Bildungs- und Wissenschaftssysteme vor Ort deutlich zu erhöhen. Der Ausbau kooperativer Forschung mit Wissensträgern in den Partnerländern selbst sowie der Kapazitäten für Entwicklung und Umsetzung lokal passfähiger Nachhaltigkeitstransformationen im Bereich der Wissenschaft sind zentrale Kooperationsfelder und -instrumente.

Besonders relevant ist die Förderung der Position von Frauen und Mädchen. Gleichstellung und Selbstbestimmung sind entscheidend für die nachhaltige Entwicklung von Gesellschaften. Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Mädchen sollte daher insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit, wirtschaftliche Unabhängigkeit und politische Mitbestimmung deutlich ausgebaut werden.

## **Transformativ & klimastabilisierend: Die sozial-ökologische Transformation in partnerschaftlichen Kooperationen vorantreiben**

Wirtschafts- und Sozialsysteme sind weltweit so mitzugestalten, dass gleichzeitig Dekarbonisierung, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ein nachhaltiger Umbau der Produktionssysteme sowie der Abbau sozialer Ungleichheiten vorangetrieben werden. Dringend geboten ist der Umbau von Produktionssystemen und Konsumverhalten in Richtung einer innovativen, inklusiven, sozial gerechten, klimaneutralen und ressourcenschonenden Wirtschaft, die gerade auch für Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen zukunftsfähig ist. Dies erfordert u. a. Fiskalreformen, die Eigeneinnahmen gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern besonders im Nachgang zur Covid-19-Pandemie und des Ukrainekrieges stärken sowie eine größere Offenheit gegenüber Technologietransfers. Der Pariser Club, die internationalen Finanzinstitutionen, die G7 und die G20 sollten eine Schuldenumstrukturierung sowie ggf. einen Schuldenerlass im Rahmen des Ende 2020 initiierten Common Framework for Debt Treatment beyond DSSI (Debt Service Suspension Initiative) an Nachhaltigkeitskriterien knüpfen. Dabei ist es unabdingbar, dass dieselben Kriterien auch von den Gläubigern eingehalten werden, um kurzfristige Wettbewerbsverzerrungen zu deren Gunsten vorzubeugen. Ziel ist es, überschuldete Entwicklungs- und Schwellenländern darin zu unterstützen, die Covid-19-Krise und die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf eine Weise zu bewältigen, die Erfolge bei den SDGs, dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel ermöglicht.

Deutschland sollte verstärkt dafür eintreten, dass die EU in ihren Außenbeziehungen, insbesondere im Bereich ihrer Handelspolitik sowie ihrer internationalen Partnerschaften und Zusammenarbeit, ihre starken Zuständigkeiten und Mittel nutzt, um ihr weltwirtschaftliches und geopolitisches Gewicht für das Erreichen der SDGs einzusetzen. Diese müssen gleichermaßen gegenüber Ländern unterschiedlicher





Einkommensgruppen genutzt werden, in der europäischen Nachbarschaft und weltweit. Der Green Deal und die europäische Umsetzung der Agenda 2030 enthalten international große Chancen und Notwendigkeiten, mit anderen Ländern und Regionen in gegenseitigen Lern- und Transformationsprozessen zusammenzuarbeiten.

Gleichzeitig muss die EU, gemäß ihrer rechtlichen Verpflichtung im EU-Vertrag, ihre negativen internationalen Spillover-Effekte systematisch überprüfen, anerkennen, angehen. Ein Ziel sollte dabei beispielsweise sein, die Lieferketten der EU nachhaltig zu gestalten. Ein kohärentes Außenhandeln für SDGs, Klimaneutralität und Green Deal erfordert bessere Abstimmung sowohl zwischen europäischen Politikfeldern als auch zwischen Gemeinschaft und Mitgliedsstaaten.

Die Energiepartnerschaften der EU mit ihren weltweiten Partnern sollten zu wechselseitig wirksamen Transformationsinstrumenten weiterentwickelt werden. In den Energiepartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern ist sicherzustellen, dass diese sowohl dem Ausbau der Energieversorgung und der Wirtschaft vor Ort nutzen als auch die europäische Nachfrage nach Solar- und Windstrom bzw. grünem Wasserstoff und Folgeprodukten bedienen, ohne lokal Menschen-, Land- und Wasserrechte zu verletzen. Unterstützung und Finanzierung fossiler Energieträger im Rahmen der europäischen Außenwirtschaftspolitik sollten umgehend auslaufen. Einnahmen aus dem Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) sind vor allem für Klimaschutz in den Partnerregionen der EU bereitzustellen.

Im Rahmen der Handels- und Wirtschaftsabkommen der EU sind Transformationspartnerschaften zu fördern, die beispielsweise einen komplementären Umbau von Wertschöpfungs- und Lieferketten für nachhaltige Produktions- und Konsummuster erlauben. Wie vom ehemaligen Kommissionspräsidenten Juncker vorgeschlagen, sollte die EU langfristig bereit sein, eine europäisch-afrikanische Freihandelszone zu fördern.

Gemeinsam mit Zentralbanken und Entwicklungsbanken sollten Deutschland und Europa eine an Nachhaltigkeit ausgerichtete Reform der Finanzsysteme (*sustainable finance*) voranbringen und Risiken für nachhaltige Investitionen verringern. Es sollten Kapitalerhöhungen bei der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken vorgenommen werden, um die multilaterale Finanzierung von Klimaanpassung und Klimaschutz sowie weiterer Nachhaltigkeitsinvestitionen auszuweiten. Dabei ist sicherzustellen, dass die internationalen Finanzinstitutionen ihre Portfolios umgehend und vollständig dekarbonisieren. Wichtig ist zudem, dass der Internationale Währungsfonds Klima- und andere Nachhaltigkeitsrisiken in alle seine Operationen integriert und seine Mitgliedsländer dabei unterstützt, diese Risiken zu minimieren. Auch die Arbeit der Europäischen Investitionsbank (EIB) ist durchgängig auf die SDGs, Klimaneutralität und den Green Deal auszurichten. Sie sollte zur Europäischen Bank für nachhaltige Entwicklung weiterentwickelt werden, die die notwendigen



Nachhaltigkeitstransformationen sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU mit zusätzlichen Mitteln unterstützt.

## **Demokratisch & friedvoll: Demokratieschutz und -förderung weltweit**

Um demokratische Strukturen zu schützen und zu fördern bedarf es zwischen den verschiedenen Politikfeldern enger Abstimmung, gemeinsamer Strategieentwicklung und eines nachvollziehbaren Bekenntnisses für demokratische Werte in der Außen- und Innenkommunikation.

Demokratien führen keine Kriege gegeneinander. Diese von Immanuel Kant bereits vor 235 Jahren formulierte Erkenntnis, gewinnt mit dem zunehmenden Erstarken autoritärer Regime an erneuter Aktualität: Kriegsbereitschaft und -gefahr nehmen sowohl zwischen autoritären Staaten untereinander als auch zwischen Autokratien und Demokratien zu. Es gilt somit, gezielt Frieden zu sichern, indem Strukturen für inklusive Entscheidungsprozesse, Konfliktprävention und -resolution geschaffen werden. Dies setzt ein klares Bekenntnis zur Demokratie als kontinuierlicher gesellschaftlicher Suchprozess nach innen, wie auch gegenüber unseren Partnern in der EU, in der G7, G20 und weltweit voraus. Ein solches Bekenntnis zur Demokratie darf weder Spaltungen weltweit vertiefen noch mit scheinheiliger Doppelmoral einhergehen, wie es beim Concert of Democracies oder beim Summit for Democracy von Präsident Biden zu beobachten ist. Stattdessen gilt es, im kontinuierlichen Austausch mit globalen Partnern aller Regimetypen ein menschenwürdiges, friedvolles und freiheitliches Demokratienarrativ zu leben und im Sinne der Wehrhaftigkeit wachsam nach innen und außen zu vertreten.

Demokratien ermöglichen durch inklusive Verfahren (z. B. Minderheitenschutz) eine gesellschaftliche Meinungsbildung unter Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Interessenausgleich. Bislang hat sich die Förderung von democratic governance jedoch auf die Unterstützung von demokratischen Akteuren konzentriert. Vor dem Hintergrund zunehmender Autokratisierungsprozesse weltweit bei gleichzeitig gesteigerter Dringlichkeit zur Kooperation auch mit autoritären Staaten (Beispiel China im Bereich Klima), ist es vermehrt notwendig Demokratieschutz, Konfliktprävention und die Förderung demokratischer Formen der Teilhabe und Entscheidungsfindung in Kooperationen mit autoritären Staaten aufzunehmen. Auch muss Sorge dafür getragen werden, dass gelebte Kooperationen mit autoritären Staaten nicht zu einer weiteren Stärkung autoritärer Strukturen beitragen („do no harm“). Dies umfasst auch den gezielten Ausbau von Kooperationen mit Akteuren aus Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Wissenschaft aus autoritären Staatskontexten. Weiter gilt es ökologisch- und ökonomisch-motivierte Kooperationen mit Demokratieschutz und -förderung zu verknüpfen.

Demokratieschutz und -förderung muss in einer Welt, in der 70 % der Menschen in autoritären Regimekontexten leben und Autokratien zunehmend Frieden gefährden,

# Zeitenwende



als umfassender Suchprozess und als Teil aller nach innen- und außen gerichteten Politikfelder mit besonderem Fokus auf den Feldern der Wissenschafts-, Medien- und Kultur-, Entwicklungs- und Außenpolitik, Umwelt- und Wirtschaftspolitik gestaltet werden. Es gilt somit, Demokratieschutz und -förderung in einer übergeordneten Strategie der Bundesregierung zu verankern und in Beziehung zu setzen zu beispielsweise der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, der Internationalisierungsstrategie und vielen weiteren.